



NIEDERSCHRIFT
über die 20. Sitzung des Gemeinderats am 04.11.2009,
im großen Sitzungssaal im Rathaus Piding
öffentlicher Teil

Anwesend:	Herr Holzner	Erster Bürgermeister
	Herr Argstatter	Gemeinderat
	Herr Bender	Gemeinderat
	Herr Dießbacher	Gemeinderat
	Herr Dufter	Gemeinderat
	Herr Geigl	Gemeinderat
	Frau Goldbrunner	Gemeinderätin
	Herr Grimm	Gemeinderat
	Herr Grünäugl	Gemeinderat
	Herr Hogger	Gemeinderat
	Herr Pfannerstill	Zweiter Bürgermeister
	Herr Reichenberger	Gemeinderat
	Herr Rotter	Gemeinderat
	Herr Seichter	Gemeinderat
	Frau Schöndorfer	Gemeinderätin
	Frau Scholze	Gemeinderätin
	Herr Steinbrecher	Gemeinderat
	Herr Utz	Gemeinderat
	Frau Wolf	Gemeinderätin
	Herr Dr. Zimmer	Dritter Bürgermeister

Entschuldigt/Grund: Herr Schönwälder wg. Arbeit
Herr Bender kommt später (ab TOP 3)

Unentschuldigt: ---

Verwaltung:	Herr Koll	Kämmerer
	Frau Hirsch	Geschäftsführende Beamtin
	Frau Aschauer	Schriftführerin

Gäste: ---

Beginn: 19.05 Uhr

Ende: 20.30 Uhr

Tagesordnung öffentlicher Teil:

01. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
02. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 07.10.2009 sowie der Tagesordnung
03. Feststellung und Entlastung Jahresrechnung 2008
04. Zusammensetzung Workshop Ortsentwicklungskonzept
05. Zwischenbericht Kosten – Errichtung Ultrafiltration
06. Antrag AWO, Ortsverein Piding auf Genehmigung Haushaltspläne 2009/2010 für die Mittagsbetreuung an der Volksschule Piding-Anger
07. Änderung Friedhofssatzung
08. Antrag FWG Piding vom 23.10.2009 zum Thema „Öffentlicher Personennahverkehr“
hier: Reduzierung der angestrebten Preiserhöhung
09. Verschiedenes
10. Anfragen und Anträge

01. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Mitglieder und der Beschlussfähigkeit:

BM Holzner begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Ebenso stellt er die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

02. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 07.10.2009 sowie der Tagesordnung:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung vom 07.10.2009 wird genehmigt.

Mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

03. Feststellung und Entlastung Jahresrechnung 2008:

GR Bender kommt um 19.10 Uhr zur Sitzung. Damit sind 20 Mitglieder des Gemeinderates, inkl. Bürgermeister, anwesend und stimmberechtigt.

BM Holzner zeigt persönliche Beteiligung an und nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, **GR Dufter**, berichtet über die örtliche Rechnungsprüfung, welche am 28.09.2009 und 12.10.2009 stattfand. Die Prüfung ergab keine nennenswerten Erinnerungen. Dem Gemeinderat wird daraufhin die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2008 vorgeschlagen.

Kämmerer Koll erläutert kurz die Jahresrechnung 2008.

Prüfungsausschussvorsitzender, **GR Dufter**, fasst folgenden Beschluss zur Feststellung der Jahresrechnung:

Beschluss:

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 wird gemäß Art. 102 Abs. 3 GO mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

Feststellung des Ergebnisses (§79 KommHV)

Einnahmen		Verwaltungs- haushalt EUR	Vermögens- haushalt EUR	Gesamt- Haushalt EUR
1.1 Soll lfd. Haushaltsjahr	+	6.897.900,19	4.623.044,61	11.520.944,80
1.2 Neue Haushaltseinnahmenreste	+	0,00	0,00	0,00
1.3 Abgang alter Haushaltseinnahmenreste	-	0,00	0,00	0,00
1.4 Abgang alter Kasseneinnahmenreste	-	0,00	0,00	0,00
1.5 Summe bereinigte Soll-Einnahmen	=	6.897.900,19	4.623.044,61	11.520.944,80
Ausgaben		Verwaltungs- haushalt EUR	Vermögens- haushalt EUR	Gesamt- Haushalt EUR
1.6 Soll lfd. Haushaltsjahr	+	6.897.900,19	4.623.044,61	11.520.944,80
1.7 Neue Haushaltsausgabenreste	+	0,00	0,00	0,00
1.8 Abgang alter Haushaltsausgabenreste	-	0,00	0,00	0,00
1.9 Abgang alter Kassenausgabenreste	-	0,00	0,00	0,00
1.10 Summe bereinigte Soll-Ausgaben	=	6.897.900,19	4.623.044,61	11.520.944,80

Die Feststellung der vorgelegten gemeindlichen Jahresrechnung 2008 mit den v. g. Zahlen wird erteilt.

Abstimmung: JA-Stimmen: 19
NEIN-Stimmen: 0

Prüfungsausschussvorsitzender, **GR Dufter**, fasst folgenden Beschluss zur Entlastung der Jahresrechnung:

Beschluss:

Die Entlastung des 1. Bürgermeisters und der Verwaltung durch die vorgelegte gemeindliche Jahresrechnung 2008 mit den v. g. Zahlen wird erteilt.

Abstimmung: JA-Stimmen: 19
NEIN-Stimmen: 0

04. Zusammensetzung Workshop Ortsentwicklungskonzept:

BM Holzner geht nochmals kurz auf die Zusammensetzung des Workshops zum Ortsentwicklungskonzeptes ein. In diesen Workshops sollen nicht mehr als 20 Mitglieder vertreten sein, die aus Vertretern der Gemeinde, der Verbände und Organisationen sowie Bürgern bestehen sollen.

Die Zusammensetzung könnte nach Vorstellung des Stadtplanungsbüros Dragomir wie folgt aussehen:

- a) Vertreter der Gemeinde:
3 Bürgermeister und je 1 Vertreter der 4 Fraktionen → 7 Personen
- b) Vertreter der Wirtschaft:
Je 1 Vertreter aus Gewerbe, Handwerk, Einzelhandel,
Landwirtschaft → 4 Personen
- c) Vertreter Tourismus: 1 Vertreter → 1 Person
- d) Vertreter Agenda: 1 Vertreter → 1 Person
- e) Bürger ortsteilbezogen:
Piding Ort, Panoramaweg, Mauthausen, Piding Au,
Urwies, Außenbereich → 6 Personen

Nach eingehender Beratung wird folgender Beschluss über die Zusammensetzung des Workshops gefasst:

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt hinsichtlich der Workshops folgende Zusammensetzung:

- a) **Vertreter der Gemeinde:**
**3 Bürgermeister und je 2 Vertreter von FWG und CSU
sowie 1 Vertreter von SPD/Grüne → 8 Personen**
 - b) **Vertreter der Wirtschaft:**
**Je 1 Vertreter aus Gewerbe, Handwerk, Einzelhandel
und Landwirtschaft → 4 Personen**
 - c) **Vertreter Tourismus: 1 Vertreter → 1 Person**
 - d) **Vertreter Agenda: 1 Vertreter → 1 Person**
 - e) **Bürger ortsteilbezogen:**
**Piding Ort, Panoramaweg, Mauthausen, Piding Au,
Urwies, Außenbereich → 6 Personen**
- Gesamt: → 20 Personen**

**Abstimmung: JA-Stimmen: 20
NEIN-Stimmen: 0**

BM Holzner stellt nun die Frage, wie die Bürger ausgewählt werden sollen. Es gibt zwei Möglichkeiten:

- a) Ein Flugblatt erstellen und an alle Haushalte verteilen. Das Flugblatt soll gleichzeitig als Rückantwortkarte dienen. Anschließend die Bewerbungen ortsteilbezogen zusammenfassen und die einzelnen Vertreter per Losentscheid festlegen.
- b) Ein Flugblatt erstellen und an alle Haushalte verteilen. Auf dem Flugblatt wird gebeten, eine kurze Bewerbung an die Gemeinde zu schicken. Die

Bewerbungen werden dann, anonym und nach Ortsteilen getrennt, an das Stadtplanungsbüro Dragomir weitergeleitet, der dann anhand der Bewerbungen die Teilnehmer auswählt.

Auf dem Flugblatt soll genau beschrieben werden um was es sich bei den Workshops handelt und sich nur Bürger bewerben sollen, die wirklich Interesse und Zeit dafür haben. Es erscheint auch am Sinnvollsten bei der Auswahl der Bürger einen Vertreter und einen Stellvertreter zu wählen und diese dann auch so zu informieren.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Die Vertreter der Bürger im Workshop sollen per Losentscheid ausgewählt werden.

Abstimmung: JA-Stimmen: 11
NEIN-Stimmen: 9

05. Zwischenbericht Kosten – Errichtung Ultrafiltration:

BM Holzner legt dem Gemeinderat eine Aufstellung des derzeitigen Kostenstandes zur Errichtung der Ultrafiltrationsanlagen vor. Erhebliche Kostenmehrungen (ca. 50.000,- €) durch die schlechte Witterung bei Baubeginn sind in den Kosten bereits enthalten.

Genehmigt vom Gemeinderat:	2.150.000,00 €
Bis 03.11.09 abgerechnet:	800.826,53 €
Noch in Planung:	1.346.052,00 €
Geschätzte Gesamtkosten:	2.146.878,53 €

Die Aufstellung der Kostenübersicht wurde jedem Gemeinderat ausgehändigt.

06. Antrag AWO, Ortsverein Piding auf Genehmigung Haushaltspläne 2009/2010 für die Mittagsbetreuung an der Volksschule Piding-Anger:

GRin Scholze zeigt persönliche Beteiligung an und nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Frau Hirsch teilt mit, dass die Arbeiterwohlfahrt (AWO) die verlängerte Mittagsbetreuung an der Volksschule Piding durchführt.

Für das laufende Schuljahr liegen derzeit 90 Anmeldungen vor. Im Laufe des Schuljahres verändern sich aber die Zahlen immer wieder, so dass in den 4 Gruppen mit durchschnittlich 80 Kindern gerechnet werden kann.

Die AWO legt nun für das Schuljahr 2009/2010 den Haushaltsplan (hier für 1 Gruppe) vor:

Ausgaben		Einnahmen	
Personalkosten	4.200,00 €	Zuschuss Regierung	3.323,00 €
Bundesknappschaftsbeiträge (31 %)	1.302,00 €	Elternbeiträge (20 Kinder a 7,-- €)	1.540,00 €
Berufsgenossenschaft	50,00 €	Zuschuss Gemeinde Piding	1.424,92 €
Spielzeug und Bastelmaterial, Kinderfeste etc.	200,00 €		
Versicherung	50,00 €		
Telefon, Fahrtk., Fortbildg., Bank/Computerk., etc.	130,00 €		
Verwaltungskosten	355,92 €		
Summen	6.287,92 €		6.287,92 €

Nach Ziffer 4.6 des im Jahr 2002 zwischen der AWO und der Gemeinde Piding abgeschlossenen Vertrages zur Übernahme der Trägerschaft der Mittagsbetreuung für die Grundschüler wird der sich nach der Rechnungsstellung ergebende Fehlbetrag von der Gemeinde übernommen. Die AWO bittet daher den Haushaltsplan samt Defizitübernahme zu genehmigen.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der von der Arbeiterwohlfahrt, Ortsverein Piding mit Schreiben vom 10.10.2009 vorgelegte Haushaltsplan für das Schuljahr 2009/2010 wird genehmigt. Der Übernahme des Defizits in Höhe von rund 5.700,- € wird zugestimmt.

Abstimmung: JA-Stimmen: 19
NEIN-Stimmen: 0

07. Änderung Friedhofssatzung:

Frau Hirsch geht auf die am 28.12.2006 in Kraft getretene EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR) ein.

Ziel dieser EU-DLR ist es, einen Rechtsrahmen zu schaffen, durch den das Einbringen von Dienstleistungen über die Landesgrenzen hinweg vereinfacht und die betriebliche Niederlassung in einem anderen EU-Mitgliedsstaat erleichtert wird. Die EU-DLR muss in allen EU-Mitgliedsstaaten bis zum 28.12.2009 umgesetzt werden.

In Gesetzen, Rechtsverordnungen oder Satzungen dürfen daher keine Anforderungen an die Niederlassung von Dienstleistern und an die Ausübung

von Dienstleistungen enthalten sein, die EU-Ausländer weder direkt noch indirekt benachteiligen.

Vom Bayerischen Staatsministerium des Innern erfolgte daher die Aufforderung, das gemeindliche Ortsrecht auf die Vereinbarkeit mit der DLR zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Die Überprüfung des gemeindlichen Ortsrechtes ergab, dass die gemeindliche Friedhofs- und Bestattungssatzung geändert werden muss:

- § 30 Abs. 1 und 2 lauten bisher:
 - (1) Arbeiten im Friedhof, die gewerbsmäßig vorgenommen werden, bedürfen der Erlaubnis der Gemeinde. Diese kann versagt oder wieder entzogen werden, wenn die ordnungsgemäße Ausführung nicht gewährleistet ist, oder wenn trotz Abmahnung gegen die Friedhofssatzung oder Anordnungen der Gemeinde verstoßen wird.
 - (2) Die Erlaubnis ist schriftlich bei der Gemeinde zu beantragen. Der Antragsteller erhält einen Erlaubnisbescheid, der gleichzeitig als Ausweis für die Berechtigung zur Vornahme der Arbeiten gilt. Der Bescheid ist dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen.

Diese Regelungen entsprechen nicht der EU-DLR, da

- keine Bearbeitungsfrist und keine Genehmigungsfiktion enthalten ist,
- keine Möglichkeit der Verfahrensabwicklung über einen sog. einheitlichen Ansprechpartner vorgesehen ist und
- keine elektronische Verfahrensabwicklung möglich ist.

Für die Überarbeitung der Friedhofs- und Bestattungssatzung gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

- a) Die Aufnahme entsprechender Regelungen bezüglich der Bearbeitungsfrist, Genehmigungsfiktion, mögliche Verfahrensabwicklung über einheitlichen Ansprechpartner und mögliche elektronische Verfahrensabwicklung.
- b) Den Verzicht auf Erlaubnispflicht zur Durchführung gewerbsmäßiger Arbeiten (d. h. § 30 Abs. 1 und Abs. 2 werden ersatzlos gestrichen).

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung wird von der Verwaltung Variante b) vorgeschlagen.

Im Zuge dieser Änderung soll die Friedhofssatzung an die aktuellen Gegebenheiten angepasst sowie einige redaktionelle Änderungen durchgeführt werden.

Frau Hirsch erläutert die geplanten Änderungen.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Es wird beschlossen, den vorliegenden Entwurf der 2. Satzung zur Änderung der Friedhofs- und Bestattungssatzung als Satzung. Der Satzungsentwurf, der der Sitzungsniederschrift beigefügt ist, ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmung: JA-Stimmen: 20
NEIN-Stimmen: 0

08. Antrag FWG Piding vom 23.10.2009 zum Thema „Öffentlicher Personennahverkehr“

hier: Reduzierung der angestrebten Preiserhöhung:

GR Grünäugl zeigt persönliche Beteiligung an und nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

BM Holzner weist darauf hin, dass der Antrag der FWG auf Reduzierung der angestrebten Preiserhöhung bei den Stadtwerken Bad Reichenhall jedem Gemeinderat vorliegt.

BM Holzner berichtet über das am 29.10.2009 stattgefundenene Gespräch mit Vertretern der Stadtwerke Bad Reichenhall. Somit wird ab Dezember 2009 im Personennahverkehr der Stadt Bad Reichenhall ein neues Wabensystem (wie bereits der RVO eingeführt hat) mit dadurch bedingter Preiserhöhung, hauptsächlich für die Randgebiete Piding, Marzoll, Karlstein und Bayerisch Gmain, eingeführt wird.

Dieses Konzept wurde von der Regierung von Oberbayern sehr genau geprüft und anschließend einstimmig vom Stadtrat, Landrat und der Regierung von Oberbayern genehmigt.

09. Verschiedenes:

Frau Hirsch teilt mit, dass ein Schreiben von Herrn Dr. Söder vorliegt, in dem er der Gemeinde Piding zusichert, dass das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) die Luftschadstoffbewertung berechnen und das Ergebnis umgehend der Gemeinde Piding mitteilen wird. Hierzu hat das LfU bereits einen Lageplan von Piding angefordert.

10. Anfragen und Anträge:

GR Argstatter stellt den Antrag, dass nicht mehr als 1 Ortsentwicklungskonzept-Workshop pro Monat abgehalten werden darf.

Erster Bürgermeister Holzner beendet die öffentliche Sitzung um 20.30 Uhr.

Hannes Holzner
Erster Bürgermeister

Stefanie Aschauer
Schriftführerin